

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riefa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postsekretär
Dresden 1880.
Strohkasse:
Riefa Nr. 52.

Nr. 51.

Montag, 2. März 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennig; die 84 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennig, zeitraubender und tabellarischer Satz 30%, Ausschlag feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder im Auftrage der in Konkurs gerathenen Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Riefaer oder der Verlegerin — hat der Besucher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riefa. Geschäftsführer: Gortelstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Gibt es eine wirtschaftliche Lösung des Youngplanes?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht in der "Deutschen Rundschau" eine Studie, in der er u. a. ausführt:

Alle Sachverständigen, die sich privat oder offiziell mit der Lösung des Reparationsproblems beschäftigt haben, also auch die Mitglieder des Dawes- und des Youngkomitees, sind stets von einer leitenden Grundidee ausgegangen; die Reparationen müssen von Deutschland erwirtschaftet und ohne Störung seiner sozialen Struktur sowie seiner Währung und Wirtschaft geleistet werden. Die Einfügung der Sanktionsklausel in das Haager Protokoll war die ganze wirtschaftliche Gedankenrichtung des Dawes- und Youngplanes wieder über den Haufen. Die völlige Verhängnislosigkeit, die sie dieser politischen Summation gegenüber beweist, zeigt, daß die deutsche Delegation im Haag in keiner Weise beirrt war, worum es eigentlich bei der feinerzeit von Hughes in der bekannten New-Havener Rede inausgerichtet und bis zur ersten Haager Konferenz festgehaltenen reparationspolitischen Linie ging. Die reparationspolitische Arbeit fast eines Jahrzehnts war mit einem leistungsfähigen Federstrich zerstört. Wenn schon heute, ein Jahr nach Abschluß der Haager Konferenz, alle Welt von der Undurchführbarkeit der Reparationsverpflichtungen überzeugt ist, so wird man aus dem Studium des Lösungsvorschlages der deutschen Gruppe in Paris ersehen, wie folgerichtig darin die ursprüngliche Linie zur Lösung bzw. Überwindung des Reparationsproblems eingehalten worden ist. Der deutsche Lösungsvorschlag akzeptierte grundsätzlich, daß Deutschland die sogenannten Reparationsanforderungen bis zu einer vernünftigen Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit erfüllen sollte. Das Memorandum gab eine knappe Darstellung der derzeitigen trostlosen wirtschaftlichen Struktur und verwies in erster Linie darauf, daß durch die Entschuldigungen der Friedensverträge Deutschlands landwirtschaftliche Erzeugung in einem Umfange geschwächt worden sei, der unter allen Umständen wieder wettgemacht werden müsse. Die deutsche Lebensmittelerzeugung sei in einem Maße vom Auslande abhängig geworden, das unumgänglich zu ertragen sei und einer Reparationslösung infolge der zur Zeit notwendigen Lebensmittelmportentsagen wirke. Der zweite Grundgedanke des deutschen Lösungsvorschlages war die Wiederherstellung einer eigenen Rohstoffbasis in wenigstens einem gewissen Umfange, nachdem Deutschland seiner Kolonien und damit der in den Kolonien in kräftigem Aufblühen begriffenen Rohstoffherzeugung beraubt worden sei. Der dritte Gedanke endlich war der in unzähligen volkswirtschaftlichen Arbeiten über das Reparationsproblem immer wieder zum Ausdruck gebrachte Satz, daß Deutschland nur aus einer Steigerung seines Exportüberschusses Reparationen zahlen könne. Die deutsche Reparationsleistung müsse deshalb in einer gewissen Proportion stehen zu dem Umfange, in dem die Weltmärkte sich dem deutschen Handel öffnen würden. Statt auf alle diese Gedankenansätze einzugehen, brachten es die politischen Einflüsse auf der Pariser Konferenz fertig, sämtliche ökonomischen Erwägungen mit einer Dankbewegung beiseite zu schieben und eine halbreiche Aufstellung für Deutschlands Verpflichtungen, die den politischen alliierten Mächten Genüge bot. Kein Jahr ist verflohen, seit der Ratifizierung des Haager Protokolls, und schon taucht das Problem wieder auf. Wir stehen in kürzester Frist, und viel eher, als es den Politikern lieb ist, vor seiner Neuverbrüderung. Da es von größter Wichtigkeit, festzustellen, daß der Youngplan trotz aller politischen Beeinflussung doch die ökonomischen Voraussetzungen und Vorbedingungen für die Reparationszahlungen genügend eindeutig formuliert hat, um darauf eine Neuverbrüderung aufbauen zu können. Ja, härter, als der Dawesplan, betont der Youngplan, daß die Steigerung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht ohne die aktive Unterstützung der übrigen Mächte eintreten kann, und legt diesen Mächten deshalb die Verpflichtung auf, für eine ökonomische Lösung des Reparationsproblems einzutreten. Die große Frage, die sich damit jetzt für die alliierten Mächte erhebt, ist die, ob sie diese Erhöhung der deutschen Zahlungsfähigkeit mit herbeiführen helfen und durch Öffnung und Finanzierung der Märkte die Kaufkraft für deutsche Waren steigern wollen. Sollen sie das nicht, so liegt nur die andere Lösung vor, auf Reparationsleistungen zu verzichten.

In den Wahlen in Braunschweig

Braunschweig, 2. März.

Zum Vergleich mit den zur Reichstagswahl im September 1930 abgegebenen Stimmen können von den geistigen Ergebnissen der Kommunalwahlen die auf die Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten entfallenden Stimmen herangezogen werden. Es ergibt sich nach unserer Berechnung folgendes Bild: Im ganzen Freistaat Braunschweig wurden gestern abgegeben für die Sozialdemokraten 113 114 Stimmen gegenüber 126 972 bei der Reichstagswahl 1930, Nationalsozialisten 85 079 (83398), Kommunisten 26231 (21 317) Stimmen. Die anderen Wahlvorschlüge für die Kreisstage können zum Vergleich nicht herangezogen werden.

Beginn der Leipziger Frühjahrsmesse.

Im Zeichen der Sparbarkeit. — Gute Ausichten.

Leipzig. Am Sonntag wurde hier die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet, die als Auswirkung der Notzeit ebenfalls im Zeichen der Sparbarkeit steht. Neuhäufig zeigte es sich darin, daß bedeutend weniger Druckfaden verteilt wurden und auch der Messe-Umzug in Fortfall kam; an den Messeständen wird mit Prospekten und Werbeprospekten ebenfalls sparsam umgegangen. Das Schaupublikum fehlt diesmal fast ganz. Die niedrigste Schätzung der schon Sonntagfrüh in Leipzig anwesenden Messefremden liegt etwa bei 100 000. Ganz besonders stark dürfte diesmal der Besuch aus England sein, da in den letzten Tagen alle Kanal-Dampfer überfüllt waren. Die Zahl der amerikanischen Einkäufer wird auf 1200 geschätzt, obwohl man von jedem Exporteur hören kann, daß gerade in den letzten Monaten der Export nach Amerika deutlich erkennen lasse, wie auch dort die Kaufkraft ganz erheblich zurückgegangen ist. Das läßt darauf schließen, daß die aus den U. S. A. eintreffenden Einkäufer auf der Messe diesmal Waren suchen, die der heutigen amerikanischen Kaufkraft entsprechen. Aus England sind vier Sonderzüge eingetroffen, aus Frankreich drei, und auf die meisten andern Länder kommt mindestens ein solcher Sonderzug des Reichsbahns.

Auf der Technischen Messe läßt sich das Geschäft nicht ganz schlecht an. Auffallend ist es, wie sich alle Branchen der deutschen Industrie die Erfahrungen und Lehren der letzten Messe und der vergangenen Monate zunutze gemacht und wie sie sich mit außerordentlich zahlreichen Neheiten der gelungenen Kaufkraft angepaßt haben. Bei den erheblich billiger gemordenen Fabrikaten der Porzellan- und Glasindustrie, bei Lederwaren und ganz besonders in der Uhren- und in der Schmuckindustrie sowie in dem mit sehr guten Leistungen vertretenen Kunstgewerbe tritt ganz offensichtlich das Bestreben hervor, durch gefällige zeitgemäße Muster, wie sie der ebenfalls gelungenen Kaufkraft des Auslandes entsprechen, den ausländischen Kundenkreis wieder zu erweitern. Jedenfalls hat der Sonntag der Frühjahrsmesse einen nicht ungünstigen Ausklang gegeben.

Aus Anlaß der Frühjahrsmesse ist eine große Zahl von Ehrengästen in Leipzig eingetroffen, so als Vertreter der Reichsregierung Staatssekretär Dr. Trendelenburg, ferner Reichsbankpräsident Dr. Lütjehausen, die Ministerpräsidenten von Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und Anhalt, zahlreiche Vertreter der Länderregierungen, der Reichswehr, der Reichsbahn, der Reichsbahn und der sonstigen Behörden, der Parlamente, der öffentlichen Körperschaften und der Verbände von Industrie, Handel und Handwerk sowie Vertreter der befreundeten in- und ausländischen Messen. Zur Begrüßung der Ehrengäste fand am Vormittag im Alten Rathaus ein kurzer Empfang statt.

Der Vorsitzende des Direktoriums des Messeamts, Dr. Röhler, führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß die diesjährige Frühjahrsmesse von 9017 Ausstellern, darunter 1154 ausländischen, besucht ist. Wir haben in Deutschland, so fuhr er fort, ungefähr 150 000 Betriebe, die Fertigungsgüter (Verbrauchsartikel und Produktionsmittel) herstellen.

Jeder neunzehnte Betrieb ist also Aussteller der Messe. Die auf den beiden Messen des Jahres 1929 erteilten Aufträge brachten 179 300 Arbeitern, die des letzten Jahres 152 060 Arbeitern Beschäftigung für das ganze Jahr. Die Fertigungsmarktaufuhr sei, wie Dr. Röhler betonte, steigertüchtig durch Exportmaßnahmen. Die Förderung der Ausfuhr unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung sei eine ebenso nationale Tat wie die Hebung der Landwirtschaft.

Im Namen der sächsischen Regierung ließ Ministerpräsident Schiele die Ehrengäste willkommen. Er betonte, daß das Leipziger Messeamt die Veranstaltung habe, auch diese Messe wieder zu einer großen und eindrucksvollen Veranstaltung vor allem der deutschen, aber darüber hinaus auch der internationalen Wirtschaft zu gestalten. Die schwierige Wirtschaftslage Deutschlands habe gerade auf die Industrien und Gewerbe Sachsens einen sehr tiefgehenden Einfluß gehabt. Es sei zu hoffen, daß die Reichsregierung dieser Lage Sachkenntnis, die auf der Chemnitzer Tagung deutlich und eingehend erläutert worden sei, in ausreichendem Umfang bei ihren Maßnahmen Rechnung tragen werde. Arbeitsbeschaffung durch Auftragserteilung tue der sächsischen Industrie dringender not. Der Ministerpräsident verwies dann darauf, daß die Leipziger Messe keineswegs eine rein sächsische Angelegenheit sei; nur ein Viertel der Aussteller stamme aus dem Lande Sachsen.

Anschließend an den Empfang wurden die Messehäuser der inneren Stadt besucht, in denen die Fertigungsgüter und Konsumartikel ausgestellt sind. Es folgte ein einfaches Frühstück im Buchhändlerhaus, bei dem Oberbürgermeister Dr. Gorbeler als Vorsitzender des Verwaltungsrates des Messeamts die Gäste begrüßte.

Der sächsische Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Seebach wies auf den Wert der Propaganda für das deutsche Erzeugnis hin, der darin zum Ausdruck komme, daß z. B. zur letzten Frühjahrsmesse 32 000 Ausländer nach Leipzig gekommen sind. Bei der Unterstützung der Messe handle es sich nicht um eine Subvention für ein sanierungsreifes Erwerbsunternehmen, sondern um produktive Aufwendungen, die sich mehr als bezahlt machen werden durch den Rückgang der Arbeitslosenunterstützungen und die Erhöhung der Steuereingänge.

Die Wünsche des Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg hat an das Leipziger Messeamt zum Eröffnungstag der Leipziger Messe folgendes Telegramm gerichtet:

„Am Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse, die in eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Not fällt, nehmen alle Kreise des deutschen Vaterlandes dieses Mal besonderen Anteil. Möge die diesjährige Frühjahrsmesse unserer Industrie und unserem Handel im In- und Ausland neuen Aufschwung verschaffen und dadurch tausenden deutscher Arbeiter Beschäftigung und Verdienst bringen.“

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.

Die Wahlen in Braunschweig.

Erfolge der Nationalsozialisten und Kommunisten.

Braunschweig, 2. März.

Das Endergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: SPD 37 872 (gegen Stadtverordnetenwahlen 1928: 44 803), NSDAP 27 040 (3814), SPD 12 238 (4324), DStP 1427, Reichspartei der nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 6200, DNVP 4471, Nationale Einheitsliste 7924. — Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten SPD 41 621, NSDAP 25 252, SPD 8828, DStP 2968, DNVP 4999.

Die Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung verteilen sich nach vorläufiger Errechnung wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitze der Mittelstandsliste (DNVP und Nationale Einheitsliste). Die Einheitsparteien haben gegenüber den Bürgerlichen die Mehrheit um eine Stimme.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten die Sozialdemokraten 19, Kommunisten 1, Demokraten 1, Nationalsozialisten 1, Volkspartei 1 Sitz und die Bürgerliche Einheitsliste 12 Sitze.

Von 115 560 Wahlberechtigten haben 97 124 das Wahlrecht ausgeübt, das bedeutet eine 84prozentige Wahlbeteiligung.

Die braunschweigischen Landtagswahlen.

Im Braunschweig. Im Kreise Helmstedt wurden zur Kreislandtagswahl abgegeben: Sozialdem. 15 867 Stimmen (bei der Reichstagswahl 1930 17 588 Stimmen), Nationalsozialisten 12 267 (11 921), Kommunisten 2474 (2091), Nationale Front der Deutschen Nationalen Volkspartei 2999 (Deutschnationale 2855), Mittelstandsliste 4006, Nationale Einheitsliste 2812 Stimmen.

Im Kreise Göttingen erhielten die Sozialdemokraten 12 895 (letzte Reichstagswahl 14 225), Nationalsozialisten 7877 (7218), Kommunisten 2085 (1500), Nationalsozialistische Einheitsliste 4000, Nation. Mittelstandsliste 1620 Stimmen.

Im Kreise Ganderheim entfielen auf die Sozialdemokraten 13 950 (letzte Reichstagswahl 15 122) Stimmen, Nationalsozialisten 8541 (7047), Kommunisten 1058 (950), Nationalsozialistische Einheitsliste 4866 Stimmen.

Im Kreise Blankenburg erhielten die Sozialdemokraten 7929 (letzte Reichstagswahl 8419) Stimmen, Nationalsozialisten 5750 (5581), Kommunisten 3190 (3451), Bürgerliche Einheitsliste 4298, Deutsche Staatspartei 370 Stimmen.

Im Kreise Wolfenbüttel entfielen auf die Sozialdemokraten 15 574 (letzte Reichstagswahl 18 760) Stimmen, Nationalsozialisten 16 021 (16 706), Kommunisten 3590 (3244), Nationale Front der Deutschen Nationalen Volkspartei 4040 (Deutschnationale 2979), Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft 5550 Stimmen.